

# Saal-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Saal-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Preussische durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beizerschein 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 34 Postpennig Zustelgebühren. Schluss der Abzählung: 26. Juni 1924.

Die Abzählung werden nach Kolonial-Beizerschein, die 2. Juli 1924. Aufgebühren: Neue Preussische 1.40 Goldmark, durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beizerschein 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 34 Postpennig Zustelgebühren. Schluss der Abzählung: 26. Juni 1924.

### Rußland im fernem Osten.

Von Dr. Paul Dittwald.

Anders als das zaristische Rußland hat der Bolschewismus in seiner außenpolitischen Einstellung sein Gesicht von Europa fort und in erster Linie Asien zugekehrt. Die überaus eifrige Propagandatätigkeit der Bolschewisten in Persien, Turkestan, Indien, China, Japan ist dafür der beste Beweis. Das Ziel dieser außenpolitischen Betätigung Sowjet-Rußlands ist natürlich kein anderes, als durch einen Zusammenstoß der asiatischen Völker unter russischer Führung England vernichtend in Asien zu treffen und gleichzeitig dem Westen immer mehr zu einer Gefahr werdenden amerikanischen Kapital den Boden zu entziehen. Mit anderen Worten also: Rußland will Asien zu seinem Volkwerk werden die angestrebten Weltverkehrspläne machen.

Von diesem Standpunkt aus müssen die russisch-sowjetischen Verhandlungen, die durch die amerikanische Intervention einen wiederholten Abbruch erfahren haben, und die wieder neu aufgenommenen russisch-japanischen Verhandlungen zwischen dem japanischen Gesandten und dem Sowjetvertreter Kataschkin in Peking beurteilt werden. Daraus ergibt sich dann zunächst für China, daß es Amerika zwar insofern seines fast Jahrzehnten starken vorhandenen Einflusses auf Peking gelungen ist, den gefährlichen russischen Rivalen im Ringen um China aus dem Felde zu schlagen. Zweifelhaft ist es, ob ihm das auf die Dauer gelingen wird. Durch eine bereits mehr als zweiwöchige eifrige Propaganda in China hat es der Bolschewismus erreicht, sich nicht nur in den arbeitenden, sondern auch in den intellektuellen Schichten der chinesischen Bevölkerung viele Freunde zu verschaffen. Bei seinen letzten außenpolitischen Zielen, die der russische Sowjetstaat in Asien verfolgt, wird er natürlich mit dieser Propaganda eifrig weiter fortfahren, und zwar wird jetzt ihr Erfolg noch größer sein als bisher. Denn die drohende Stellungnahme der Vereinigten Staaten, die eine glatte Verhöhnung allen Völkerrechts und aller Selbstbestimmung der Nationen darstellt, wird gerade nicht zur Stärkung des amerikanischen Prestiges in China beitragen, sondern die Chinesen Rußland in die Arme treiben. Dazu kommen die andern geopolitischen, wirtschaftspolitischen, rassenspolitischen, sozialpolitischen Momente, die mit der Zeit immer härter für Rußland als für Amerika arbeiten werden.

Wie in China, so haben die Amerikaner auch in Japan der russischen Politik in die Arme gearbeitet. Fast zur selben Zeit, wie in Peking die russisch-japanischen Verhandlungen wieder ihren Anfang nahmen, hat man in Washington scharfe Stellung genommen gegen die japanische Einwanderung. Das nationale Ehrgefühl ist dadurch von neuem schwer verletzt, die alte Kluft zwischen den beiden Großmächten am Rande des Stillen Ozeans hat sich von neuem aufgetan. Es hat sich auch für Japan gezeigt, daß Frankreich ihm in dieser Frage und in dieser politischen Situation gar nichts sein kann. Die Ausöhnung mit Rußland muß der Tokioer Politik vielmehr als notwendige Konsequenz erscheinen. Daß man tatsächlich die Konsequenz gezogen hat, scheint auch manches zu bezeugen. Die in Rumänien weilende japanische Militärmission, die dort über einen Militärvertrag verhandeln sollte, der selbstverständlich sich nur gegen Rußland richten konnte, ist plötzlich abgerufen, ohne überhaupt erst in Verhandlungen mit den amtlichen Stellen getreten zu sein. Ferner melden bereits japanische Blätter, daß der Abschluß eines russisch-japanischen Handelsvertrages nahe bevorsteht. Damit wären dann tatsächlich die ersten Schritte zu einer Verständigung gemacht, die Einigung über die Punkte, welche alle bisherigen früheren Verhandlungen scheitern ließen — die Fragen der Anerkennung der Sowjetregierung durch Japan, der Räumung Sachalins von Seiten Japans, die Entschädigungsumme für die 1. Fl. durch das bolschewistische Blutbad in Nikolajew umgekommenen 700 Japaner, der japanischen Fischereirechte im Opatzischen Meer.

### Ein Verlegenheitskabinett in Frankreich

Marçal Ministerpräsident / Neuwahl des Präsidenten der Republik?

Das neue Kabinett ist gebildet worden. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidentenschaft und Finanzministerium François Marçal, Justizministerium Senator Rattier, Außenministerium Abg. Leclercq, Kriegministerium Abg. Maginot, Innenministerium Senator de Salvoles, Kolonialien, Jura, Ministerium für öffentliche Arbeiten Dr. Traouquer. Die letztgenannten fünf Ministerien sind mit denselben Mitgliedern des Kabinetts besetzt wie im letzten Kabinett Bonicre.

Gestern nachmittags 5 Uhr stellte Ministerpräsident Marçal dem Präsidenten der Republik das von ihm gebildete Kabinett vor. Heute vormittag findet im Einse unter Vorherrschaft des Ministerpräsidenten statt, in dessen Verlauf der Präsident der Republik Kenntnis von seiner Wahlzeit an das Parlament geben wird.

### Marçal hat wenig Hoffnungen.

Der neue Ministerpräsident Marçal äußerte sich einem Mitarbeiter des „Matin“ gegenüber dahin, daß er darauf gefaßt sei, gegen die Ernennung des Herrn Millerand und seiner eigene Ernennung, die er daran anknüpfen wolle, die Mehrheit der Kammer sich aussprechen zu lassen. In diesem Falle würde er sofort zurücktreten. In diesem Fall würde Marçal zurücktreten, das er es nicht für ganz ausgeschlossen hätte, daß nach dem Verzicht des Präsidenten Millerand sich eine Mehrheit in der Kammer finde, die den Standpunkt des Herrn Millerand anerkennt. Andererseits würde, was nicht ausgesprochen, aber als sehr wahrscheinlich angesehen wird, zunächst mit dem Ministerium auch Herr Millerand selbst von seinem Posten zurücktreten.

„Deure“ glaubt zu wissen, daß die Fraktion der Radikalen bereits beschlossen habe, nach Verlesung der Wahlzeit des Präsidenten und nach Eintritten eines Mitgliedes der Minderheit von der Linken eine Resolution einbringen, in der der Regierung die Anerkennung verweigert und daran erinnert werde, daß das Land sich am 11. Mai unabweisbar für eine entschlossene republikanische und soziale friedfertige Politik ausgesprochen habe.

### Bedenkliche Interpellationen.

Der Abg. Reibel hat dem Kammerpräsidenten Pointe folgende Interpellation überreicht: Ich wünsche die Regierung über die Bedingungen zu interpellieren, unter denen das neue Kabinett gebildet worden ist. Demam Senatspräsidenten

— erscheint also nicht mehr als aussichtslos, da Japan sich heute fraglos entgegenkommener zeigen wird.

So scheint sich im fernem Osten eine neue politische Konstellation vorzubereiten, und zwar eine solche, die von uns Deutschen nur begrüßt werden kann. Wir werden aus allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Grundsätze gut tun, diesen fernöstlichen Vorgängen nicht gleichgültig gegenüberzutreten, sondern ihre sich für uns daraus mit Notwendigkeit ergebenden Rückwirkungen durch eine möglichst aktive Politik zu unseren Gunsten zu unterstützen suchen. In China wie in Japan sind genügend Sympathien für uns vorhanden, um eine solche aktive Politik möglich und aussichtslos zu machen.

### Der Zustand in Albanien.

„Corregio Italiano“ berichtet, daß am Pfingstmontag der ehemalige albanische Ministerpräsident Be r l a s s o und der ehemalige Minister des Auswärtigen V i o n i in Paris angetommen sind. Beide befürchten, daß die spanische Triana von allen Seiten eingeschlossen sei, der Weg nach Durazzo noch offen wäre. Die Verhandlungen der Aufständischen mit der albanischen Regierung hätten sich zerlagert und die Übergabe von Triana sei zu erwarten. (Nunmehr ist Triana den Aufständischen in die Hände gefallen und die Regierung geflüchtet.) Der bisherige Diktator Famed Zogu wurde wohl verlassen, sich über die südalbanische Grenze zurückziehen. Ein italienischer Torpedoboot ist vor Durazzo angetommen. Der englische Gesandte vor Triana für die alte Regierung ergriffen haben, die einer englischen Petroleumgesellschaft das Monopol in Albanien zugestanden hat soll.

Dommergues hat Senator Echon, der ehemalige Außenminister, eine amtliche Interpellation eingebracht. Die Kammergruppe der demokratisch-republikanischen Union hat heute bereits beschlossen, den Abgeordneten Reibel bei seinem Vorbringen zu unterstützen.

Am den Verhandlungen der Kammer war gestern viel von dem Zutritt des Kongresses, d. h. der Vereinigung von Senat und Kammer zur Präsidentenwahl in Versailles, die Rede.

London, 10. Juni. Der diplomatische Vorkämpfer des „Dixie“ Zeitschrifts, nämlich der britische Konsul in Paris, hat durch private Kanäle zwischen Sekretären der britischen Arbeiterpartei und der französischen sozialistischen-radikalen Partei festgehalten. Angeht dieser Erörterungen ist die Erzielung eines ziemlich umfassenden Übereinstimmungsabkommens. Dies Abkommen würde weitestgehend die Durchführung des Dames-planes mit der daraus folgenden wirtschaftlichen Wärmung des Ruhrgebietes und Rheins beinhalten, jedoch Deutschland die nötige Geldgebung angenommen habe, die sofortige Herabsetzung der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes auf ein unvollständiges Maß und die Vereinbarung, sobald die Durchführung des Dames-berichts unter deutscher Mitwirkung glatt von hiesigen geht, seiner Lösung der Sicherheitsfrage durch den Völkerbund, wobei Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden soll, baldige Übertragung der Kontrolle der deutschen Wälfungen auf den Völkerbund.

Die französische Einspreßer erwartet folgenden Verlauf der Regierungsbildung: Diesmal wird die Wahlzeit Millerands in der Kammer nicht erwartet. Am Freitag wird voraussichtlich die Wahl des neuen Präsidenten stattfinden. Am Freitagabend schon wird Herriot ins Elisee berufen werden, und da er die Bitte seines Ministeriums bereits vollständig erfüllt hat, so dürfte er schon am Sonntag oder Sonntag mit dem neuen Ministerium vor die Kammer treten.

Die ganze Wahl und die jetzigen Verhandlungen gehen, wie wir es bereits in unserer ersten Berichterstattung des Wahlergebnisses ausführten, unter dem Zeichen des Kampfes zwischen Militär und Wirtschaft, zwischen dem Schwert und dem Franz.

Welche Partei siegen wird, ist ungemäch, denn das entscheidende Wort sprechen die Neuwort Bankiers. Stützen sie, was man neuerer allerdings nicht erwarten kann, die Militärpartei, und den Franz zugleich (so wie englisches Gold ein Kapitalien III. läßt), dann ist auch ein Militärpaß möglich.

### Die Lüge.

„Das Diktat von Versailles ruht einzig und allein auf der Behauptung von Deutschlands Kriegsmitteln und Kriegsgeld. Die Behauptung ist unwahr von führenden deutschen und ausländischen Forschern einmündig widerlegt. Die Reichsregierung wolle daher das an in Versailles unter Druckungen abgepreßte Schulddefinitiv nicht wiederholen.“

Die Entschädigung über das zweite Reichsgebiet, „Schwerföhrungsgebiete“ genannt, darf nicht vorübergehen, ohne daß vor aller Welt die Wahrheit und unser Recht widerbergestellt werden.

Deutsche Männer und Frauen werden in den kommenden Wochen unterdrückt unter diese Forderung an die Reichsregierung sammeln.

Deutsche Verlangenheit, Genugtuung und Zukunft, Ehre und bester Zukunft sind eigene Ehre und eines jeden, der sich als Deutscher fühlt.

Kein Deutscher kann seine Unterdrückung verweigern, ohne sich selbst zu verurteilen.

### Sprengankert gegen einen Sowjetzug.

Helsingfors, 10. Juni. Der Extrazug Moskau-Riga ist heute nicht in die Luft gesprengt worden. Die Lokomotive wurde weit von den Gleisen gefleudert. Soldaten eilten von einer nahe liegenden Garnisonstadt herbei und brachten die erste Hilfe. Der Unglücksort ist mit einer Kette von Wachposten bewacht abgeperrt worden. Es verlautet, daß mehrere hohe politische Persönlichkeiten unter den Verunglückten sind. Die Katastrophe wird auf ein politisches Attentat zurückgeführt. Heiterkolonnen und Militärfahrzeuge durchstreifen die Gegend nach dem Täter.

### Was steckt hinter dem Todesstrahl?

Der englische Erfinder Grindell Matthews ist nach der Zurückweisung seines Angebotes durch das englische Kriegsministerium nach Paris gefahren und hält dort die Leffentlichkeit wieder in Atem. Die lebhafteste Begeisterung der Franzosen und ihr Wunsch, allein im Besitz einer iotbringenden Erfindung zu sein, verleiht dem Erfinder und seiner angeblichen Erfindung einen unüberwindlichen Reiz. In England ist man praktisch genug, den Dingen auf den Grund zu gehen. So ist das englische Kriegsministerium mit deutlicher Absicht sehr feil, worin die Leistung des Erfinders bis jetzt besteht. Grindell Matthews führte den Vertretern der englischen Regierung und einigen Sachverständigen eine elektrische Lampe vor, die er „Esglum“ nennt. Diese Lampe brannte er zum Glücken und brachte damit nach Belieben die Helligkeit eines kleinen Wotrattors auf eine Entfernung von ungefähr 15 Metern zum Stillstand. Dieser Versuch wurde in dem Laboratorium des Erfinders ausgeführt, der alle Apparate, die er benutzte, selbst stellte.

Das englische Kriegsministerium stellt mit Recht fest, daß in dieser Vorführung nichts enthalten war, das die tiefen Versprechungen des Erfinders irgendwie rechtfertigt. Bei der Art, wie die Vorführung vor sich ging, war eine Anprüfung der technischen Einzelheiten vollkommen ausgeschlossen. Anzudeuten wurde dem Erfinder vorgeschlagen, die Wirkung seiner „Esglum-Lampe“ an einem kleinen Petroleummotor vorzuführen. Den die Vertreter des englischen Kriegsministeriums zur Hand hatten. Es handelt sich dabei um eine der gewöhnlichsten für Motorräder vorzuziehenden Maschinen. Es wurde ihm feineswegs angemutet, Aufschluß über die Art und Weise zu geben, wie seine Strahlen in Wirkung traten oder wie sie beschaffen seien. Sollte es ihm gelingen, den Petroleummotor zu betreiben, so sollte es auf der Stelle als „Esglum“ erhalten, und die Regierung wollte sich für die Überlegungssumme vorbehalten, um über den Verlauf der Erfindung sich schlichtig zu werden. Dieses Angebot hat Grindell Matthews zurückgewiesen und damit wohl selbst ungelautet, weil er zuerst weißens nicht in der Lage ist, etwas zu leisten, was über die immerhin begrenzte und feineswegs einwandfrei nachgewiesene Wirkung seiner „Esglum-Lampe“ hinausgeht.

### Anträge der Deutschen Volkspartei.

Mittelslandfragen. Die Abgeordneten Dr. Wolf, Dr. Scholz (D. R. P.) und Fraktion beantragen: Die Reichsregierung zu eruchen: auf Grund der Ermächtigung des § 3 Abs. 4 Nr. 2 der Verordnung über Erwerbsvermittlung vom 8. Februar 1922 die Vertragspflicht für Handwerker- und Handlungserlöse zu befestigen.

Die Abgeordneten beantragen, der Reichsregierung alle Selbstbestimmungen des deutschen Handwerkes und auf die Notwendigkeit, ihnen nur als Erwerbsmitteln aufrecht zu erhalten, die Reichsregierung die Regierung auf die Regierung der Länder dahin einzuwirken, daß bei dem Vollzug von Freiheitsstrafen die Strafzweigen keine Handwerkszweige erhalten.

### Für die Kriegesbeschädigten.

Die Abgeordneten Thiel, Dr. Scholz und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben einen Antrag auf Abänderung des Reichsversicherungsanstaltgesetzes gestellt. Darin sollen die Grundrenten angemessen aufgehoben werden, insbesondere auch auf die Waise der Kriegserbten Rücksicht genommen werden. Die während der Inflationzeit ausgeschütteten Abfindungsummen sollen dem entsprechend aufgehoben werden, daß sie dem Goldwert entsprechen, der am Tage der Beschädigung des Belegten (15. 6. 23) maßgebend war. Die Grundrente vom Dezember 1919 sollen für die einzelnen Fälle als zwingende Richtschnur gelten, die Selbstbestimmung für die Kriegserbten sollen auf alle Pflichtverpflichtungen eingetieft werden.

### Zur Selbstbestimmung.

Die Abgeordneten Morath, Seibert, Beiermann (D. R. P.) und Genossen beantragen, die Reichsregierung zu eruchen, sich für die Selbstbestimmung zur Abänderung der Selbstbestimmung vorzulegen, der der ersten und unabwendbaren Fortsetzung Rechnung trägt schon den untersten Selbstbestimmung des Lebensmittels zu geben. Des weiteren ist der Fortsetzung Rechnung zu tragen, daß die Spannungen von Gruppe zu Gruppe den Beamten der mittleren und unteren Verwaltung zu eruchen, sich für die Rollen der Fortbildung und den späteren Anfang des Gehaltsbeweises bieten, wobei einen Anreiz am Eintritt in die Beamtenlaufbahn durch den allen Beamten einen Anreiz am Fortwärtstreben geben.

### Die Bestimmungen über die Selbstbestimmung.

Die noch geltenden Bestimmungen des Bundesrats über die „Selbstbestimmung“ zur Abänderung des Kontingenzgesetz vom 14. Dezember 1916 in der Fassung der Verordnung vom 8. Februar 1922 haben zu mangelnder Unaufrichtigkeit geführt. Die Abgeordneten Daus und Dr. Scholz (D. R. P.) haben mit Unterstützung ihrer Fraktion einen Beschlusstext eingebracht, dem zufolge die Reichs-

